

Seniorenpolitische Forderungen des Seniorenrates des Landes Brandenburg an die Landesregierung der Legislaturperiode 2014 - 2019

Gesellschaftliche Veränderungen, Bildung und medizinischer Fortschritt haben dazu geführt, dass Menschen länger gesund, körperlich und geistig leistungsfähig bleiben. Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit zögert sich immer mehr ans Lebensende hinaus.

Seniorinnen und Senioren gehören in Brandenburg zu der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppe.

Gegenwärtig leben in Brandenburg rund 550 Tausend Menschen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Bei einem für 2030 prognostizierten Bevölkerungsrückgang von 12 % steigt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben müssen zukünftig von weniger und zunehmend auch von älteren Menschen bewältigt werden.

Der Seniorenrat fordert deshalb von dem künftigen Landtag und der Landesregierung:

- Die Politik des aktiven Alterns verstärkt fortzusetzen,
- die aktive Teilhabe von Seniorinnen und Senioren am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichen Leben weiter zu fördern und
- ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung bis ins hohe Alter auch unter Lebensumständen mit bestehendem oder drohendem Hilfe- und Pflegebedarf zu ermöglichen.

Politik des aktiven Alterns

Wir fordern:

- ✓ Fortschreibung der Seniorenpolitischen Leitlinien und des Seniorenpolitischen Maßnahmenpakets der Landesregierung 2009-2014 „Aktives Altern in Brandenburg“. Insbesondere:
 - Weiterführung des Bündnisses „Gesund älter Werden in Brandenburg“.
 - Schaffung der landesrechtlichen Voraussetzungen für aktives Altern in Gesetzen und Verordnungen des Landes Brandenburg durch Beseitigung diskriminierender Altersgrenzen. Einführung eines „Alterschecks“ bei Kabinettsvorlagen.

- Weitere Unterstützung des Seniorenrats des Landes Brandenburg als Seniorenvertretung des Landes und Ansprechpartner des Landtags und der Landesregierung. Der „Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V. ist die Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte und der auf Landesebene tätigen Vereine, Verbände und Institutionen, die sich der Altenarbeit widmen.
- ✓ Unterstützung und Förderung der Brandenburgischen Seniorenwoche.
- ✓ Unterstützung und Würdigung der ehrenamtlichen Seniorenarbeit
Fortführung der Schulung und Qualifizierung der Seniorenbeiräte der Landkreise und der kreisfreien Städte.
Erhöhung der Wirkung des Brandenburger Ehrenamtspasses auch in peripheren Regionen und durch Gewinnung weiterer Sponsoren.

Wohnen und Mobilität im Alter

Ältere Menschen wollen solange wie möglich in ihrer vertrauten Häuslichkeit und sozialen Gemeinschaft leben. Auch Menschen, die die auf Hilfe angewiesen sind, haben Ansprüche an eine selbständige Lebensführung im privaten Haushalt. Wohnqualität ist Lebensqualität. Die Wohnung wird immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Sie muss bezahlbar, sicher und bequem sein, Kommunikation und den Einsatz technischer Hilfsmittel ermöglichen.

Wir fordern:

- ✓ Schaffung einer Landesoffensive und unter Zusammenführung von Fördermöglichkeiten des Bundes, des Landes und der Kommunen Auflage eines Investitionsprogramms „Wohnen im Alter“.
- ✓ Entwicklung der geplanten „Servicestelle Wohnen und Technik im Alter“ zu einem auf Landesebene ressortübergreifend organisierten und moderierten Rudentisch „Wohnen im Alter“.
- ✓ Schaffung eines sozialen und mietpreisgebundenen Wohnungsbauprogramms. Bereitstellung von Wohnungen in verschiedenen Mietpreissegmenten mit unterschiedlichem Standard und geringerer Quadratmeterzahl, die nachhaltig ein dauerhaftes Wohnen im Alter auch bei Hilfe- und Betreuungsbedarf sicherstellen.
- ✓ Anpassung und Vereinfachung der landesrechtlichen Vorschriften für altersgerechte alternative Wohnformen. Vereinbarung eines verbindlichen altersgerechten Standards beim Neubau von Einfamilienhäusern, Einlieger- Wohnungen und Wohnkomplexen.
- ✓ Ausbau der Informations- und Beratungsstellen für Wohnraumanpassung.

- ✓ Fortführung des Förderprogramms „Barrierefreier Umbau von Mietwohnungen“.
- ✓ Evaluierung und Weiterführung des Maßnahmenprojekts „Alt und Mobil“. Planung eines altersgerechten Verkehrsraumes. Beschleunigte Realisierung der Barrierefreiheit im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs auf Schiene und Straße sowohl hinsichtlich der Fahrzeuge als auch der Haltestellen und Bahnhöfe.
- ✓ Schaffung von förderpolitischen Anreizen für die vorrangige Sanierung von Fuß- und Radwegen insbesondere im ländlichen Raum.

Medizinische Versorgung und Pflege

Aktive Seniorenpolitik und Pflegepolitik gehören zusammen und ergänzen einander.

Aktivierende Seniorenpolitik muss zugleich auf den wachsenden Hilfebedarf älterer Menschen bei der gesundheitlichen Versorgung, Betreuung und Pflege ausgerichtet sein. Ein qualifiziertes, bedarfsorientiertes Versorgungsnetzwerk muss entwickelt und für ältere Menschen und deren Angehörige in schwierigen Situationen zur Verfügung stehen. Trotz gesundheitlicher Einschränkungen im Alter, trotz Pflegebedürftigkeit und Behinderung ist dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch künftig Rechnung zu tragen. Das Zusammenspiel von professioneller, familialer, nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Pflege ist zu verbessern, entsprechende Netzwerke aufzubauen und die Zusammenarbeit von Kommunen mit Pflegedienstleistern ist zu entwickeln. Insbesondere ist das Bestreben zu unterstützen, pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren durch die Familie und andere Nahestehende in der eigenen Häuslichkeit zu betreuen.

Der Seniorenrat des Landes Brandenburg schließt sich den im Ergebnis der Brandenburger Fachkräftestudie Pflege vom Landespflegeausschuss verabschiedeten Forderungen an die Landesregierung an.

Zur Verbesserung der **medizinischen Versorgung** fordern wir:

- ✓ Sicherung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung und zur Entlastung der Ärzte durch Verstetigung und Erweiterung des Modellprojekts „Agnes 2“. Beteiligung des Landes an der Entwicklung und Finanzierung eines effektiven Qualifizierungs- und Einsatzsystems der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV).
- ✓ Nutzung der Spielräume des Ärztestrukturegesetzes des Bundes, um gemeinsam mit den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung einen bedarfsbezogenen Ärztteeinsatz und eine entsprechende Standortverteilung zu sichern.

- ✓ Öffnung der Krankenhäuser für die örtliche ambulante fachärztliche Versorgung.
- ✓ Qualitative Entlastung der akuten Notfallversorgung, Verstetigung der Einrichtung von Notfallambulanzen in den Krankenhäusern.
- ✓ Etablierung eines Systems von finanziellen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Anreizen für den ärztlichen Nachwuchs als Hausarzt im ländlichen Bereich tätig zu sein.

Altersarmut

Ältere Menschen in Brandenburg befürchten zunehmend ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus der bezogenen Rente bestreiten zu können. Wir sehen hier einen dramatischen Abwärtstrend bedingt durch längere Erwerbslosigkeit, Beschäftigung im Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Minijobs und prekärer Selbstständigkeit.

Der Seniorenrat unterstützt die Bemühungen der Landesregierung auf Bundesebene, die Angleichung der Renten Ost an die Renten West zu erreichen.

Weiter erwarten wir von der zukünftigen Landesregierung:

- ✓ Eine Informations- und Beratungspflicht der Verwaltungen über Recht, Möglichkeiten und Wege der Beantragung finanzieller Unterstützung durchzusetzen,
- ✓ die Regelsätze, Hartz IV und Grundsicherung, an die gestiegenen Energiepreise anzupassen,
- ✓ die Hilfsmittelzuzahlungen zu stoppen und bei für die Prävention und Rehabilitation notwendigen Maßnahmen den Eigenanteil abzusenken,
- ✓ im Rahmen der Daseinsfürsorge freiwillige Leistungen nicht abzubauen, sondern für Anspruchsberechtigte öffentlich zu machen,
- ✓ die Armutsbekämpfung bei der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Maßnahmenpakets der Landesregierung aufzunehmen,
- ✓ eine regelmäßige Sozialberichtserstattung zur Entwicklung der Altersarmut und des Angebots Armut verhindernder Maßnahmen der Landesregierung.

Beschlossen vom Vorstand des SRLB am 25.08.2014